

Die weitere Rüstungsvermehrung, die heute den Völkern zugemutet wird, ist so ungeheuerlich wie noch niemals eine zuvor. Noch niemals aber ist es auch so einleitend gewesen, daß diese riesigen Anstrengungen ihren Zweck vollkommen verfehlen. Ist es nicht ein Gebot des gesunden Menschenverstandes, sich dahin zu verständigen, daß man gleichzeitig und gleichmäßig auf Maßnahmen, die einen so furchtbaren Druck erzeugen und die noch dazu sofort durch Gegenmaßnahmen unwirksam gemacht werden, verzichtet? Jeder Vernünftige erkennt: So können die Dinge auf die Dauer nicht weitergehen! Jeder empfindet heute mehr als je die Sinn- und Nutzlosigkeit dieses Rüstungskampfes. Und doch ergeben sich Millionen unserer Mitbürger herein, wie in ein unabwendbares Fatum. Ist das würdig politisch mündiger Nationen? Wenn die Regierungen und Parlamente sich nicht entschließen, diesen Weg zu gehen, so wird man zu spät erkennen, wie berechtigt unsere Mahnung war. Die Stunde der Entscheidung ist gekommen.

In derselben Richtung wie dieser Aufruf soll ja auch eine internationale parlamentarische Konferenz wirken, zu der die Schweiz speziell deutsche und französische Volksvertreter eingeladen hat. Die Arbeiterschaft unterstützt diese Bestrebungen zur Beschränkung des Rüstungswahnsinns und zur Sicherung des Völkerfriedens, obwohl sie weiß, daß die bürgerlichen Kreise, die dahinter stehen, sehr schwach sind, und daß sie sich infolgedessen auch in diesem wahrhaft kulturellen Wirken ganz auf die eigene Kraft verlassen muß. Denn solange sich die bürgerlichen Parlamentarier nicht dazu aufschwingen können, den Worten der bürgerlichen Friedensfreunde durch die Ablehnung der Rüstungsvorlagen die Tat folgen zu lassen, solange wird das platonische Eintreten des Bürgertums für den Frieden keinem Kriegshetzer und Rüstungsinteressenten Wehe tun.

Und das hinter den Hetzern die Interessen stecken oder daß beide Kategorien dieser Störer des Völkerfriedens, der Volkswohlfahrt und der Kultur identisch sind, das haben die Enthüllungen über das Treiben dieses gewissenlosen Gelichters im deutschen Reichstage vor aller Welt offenbart. Sie haben die dunklen Wege jener geschäftspatriotischen Fabrikanten von Mordwerkzeugen beleuchtet, die die Regierung zu immer neuen Rüstungen antreiben und die sich nicht scheuen, Nachrichten in die ausländische Presse zu lanzieren, die das Ausland zu gleichen Maßnahmen anfeuern und ihnen auch in andern Ländern glänzende Geschäfte sichern.

Daß durch diese Enthüllungen diesem verwerflichen Treiben ein für allemal ein Riegel vorgeschoben ist, wird niemand glauben, der die kapitalistischen Moralbegriffe kennen lernte. Aber Aufklärung haben sie verbreitet und vielen Tausenden haben sie die Augen geöffnet, die bis jetzt noch in stiller Bewunderung aufblickten zu jenen Leuten, die unter dem Deckmantel des Patriotismus, der nationalen Gesinnung und Vaterlandsliebe Riesengeschäfte machten, für die das Volk die Kosten mit Gut und Blut bezahlen mußte.

Und dadurch ist der Arbeiterschaft die Arbeit für ihre Ideale erleichtert. Der Resonanzboden für die kulturellen Forderungen des klassenbewußten Proletariats wurde vergrößert, und sein Ruf nach Völkerfrieden und Völkerfreiheit wird in unzähligen Herzen Widerhall finden, die diesem Rufe bisher verschlossen waren. Die preußischen Landtagswahlen am 16. Mai werden eine Probe aufs Exempel ermöglichen!

Daher gilt es gerade am diesjährigen ersten Mai, die Stunde zu nützen und machtvoll und gewaltig für die Ideale der Arbeiterklasse, die in letzter Linie wahre Menschheitsideale sind, zu demonstrieren und ihnen immer neue Scharen von Kämpfern zu werben. Der Kampf gegen die Rüstungshetze bereitet die Grundlage für viele andere Forderungen des Proletariats am 1. Mai; er richtet gegen die kultur-

widrige Vergeudung der Steuer Groschen des Volkes für kulturwidrige Zwecke einen Damm auf und macht sie frei für wichtige Aufgaben sozialer Natur. Und die Festigung des Völkerfriedens überhaupt schafft die Grundlage, auf der sich die Menschheit, die menschliche Kultur vorwärts und aufwärts zu entwickeln vermag. Darum sei am diesjährigen Maifest der Arbeit die Forderung des Proletariats zusammengefaßt in der Parole: *Gegen den Rüstungswahnsinn! Für den Völkerfrieden!*

Rundschau.

Der andauernde Rückgang des Lithographiegewerbes wurde kürzlich in der »Leipziger Volkszeitung« an den Vorgängen in einer Anstalt, der Firma *Wezel & Naumann, Leipzig-Reudnitz*, augenfällig illustriert. In dieser Firma wurden innerhalb kurzer Zeit nicht weniger als 35 Mann des Personalstandes gekündigt bzw. entlassen, weil die Arbeiten jetzt in einer billigeren photomechanischen Manier hergestellt werden sollen. Obwohl also die Firma nicht in der Lage ist, ihre Gehilfen in bisheriger Weise beschäftigen zu können, sorgt sie doch ständig für den Zustrom neuer Lehrlinge, wobei sie Wege geht, die mindestens als ganz neu und eigenartig bezeichnet werden müssen. Sie läßt nämlich (früher durch einen Privatlithographen, jetzt durch einen Zeichenlehrer) einer Anzahl schulpflichtiger Kinder Zeichenunterricht zu dem Zwecke erteilen, daß sie später als Lehrlinge in die Firma eintreten! Auch jetzt sollen schon wieder Knaben Zeichenunterricht erhalten, die für nächstes Jahr als Lehrlinge für die Firma *Wezel & Naumann* ausersehen sind, obwohl noch gar nicht feststeht, ob die Firma nach der geltenden Lehrlingskala nächstes Jahr überhaupt Lehrlinge einstellen darf, da eben das Häuflein der Gehilfen stark zusammengeschmolzen ist. Sie erwirkt also in den am Zeichenunterricht teilnehmenden Schülern und ihren Eltern Hoffnungen, die nicht nur durch den rapiden Rückgang des Lithographiegewerbes, für den die Firma selbst ein typisches Beispiel liefert, betrogen werden, sondern die die Firma, wenn sie nicht die Vereinbarungen verletzen will, schließlich auch gar nicht erfüllen kann. Wenn es die Firma aber so wie bei ihren Zeichnern machen wollte, wo bei 13 Gehilfen 9 Lehrlinge gehalten werden, dann kann sie des zähesten Widerstandes gegen eine derartige unverantwortliche Handlungsweise sicher sein.

Geschäftsergebnisse. Die Königl. Universitätsdruckerei *H. Stürtz, A.-G., Würzburg* hat nach ihrem Jahresbericht für 1912 ihren Umsatz gesteigert und den Betrieb abermals vergrößert. Sie hatte zuzüglich eines Vorrags von 50549 Mk. einen Reingewinn von 183000 Mk. (im Vorjahre 147 100 Mk.), wovon 70000 als 5prozentige Dividende (wie im Vorjahre) verteilt, 10000 Mk. zu Extrabschreibungen auf Anlagen verwendet und 74765 Mk. auf neue Rechnung vorgelegt wurden. Nach dem Bericht ist der Eingang von Aufträgen im neuen Jahre zufriedenstellend; alle Abteilungen sind voll beschäftigt. Die Firma *Paul Süß, Akt.-Ges. für Luxuspapierfabrikation in Mühleln bei Dresden*, hatte auch in diesem Jahre einen beträchtlichen Verlust. Er betrug bei einem Rohgewinn von 106585 Mk. 29656 Mk., die dem Betriebserweiterungsfonds entnommen wurden. (Im Vorjahre betrug der Rohgewinn 104915 Mk., der Fehlbetrag 29256 Mk.) Die Zwelgniederlassung in New York wurde zur Einschränkung der Unkosten aufgegeben.

Zollerabsetzungen und Zollbefreiungen soll der Wechsel in der Präsidentschaft der Vereinigten Staaten zur Folge haben, wenn das, was bisher über die Pläne der neuen demokratischen Regierung an die Öffentlichkeit drang, bare Münze ist. Nach dem »Berl. Tageblatt« sieht die Tarifvorlage, die Mr. Underwood im Namen des Ausschusses für Mittel und Wege einbrachte, Zollerleichterungen und -befreiungen in solchem Umfang vor, daß sie mit einem Ausfall an Zolleingängen in der Höhe von 340 Millionen Mark rechnet. Und sie schlägt den Ersatz dieser Einnahmen durch eine Bundesinkommensteuer (eine *Reichseinkommensteuer* würden wir sagen) v. r., bei der alle Einkommen unter 16000 Mark freibleiben sollen! Die Erträge aus dieser Einkommensteuer sind so entwicklungsfähig, daß sie stufenweise weitere Herabsetzungen der Zölle ermöglichen werden. Das »Berl. Tageblatt« schreibt weiter: »Die Underwood-Bill ist keine Spiegelreflexion, kein trügerischer Trick wie die Payne-Aldrich-Bill. Sie bringt die Zollfreiheit für Lebensmittel, die in starkem Umfang von Kanada hereinströmen werden, und für wesentliche Trust-erzeugnisse, wie Stahlschienen, Papier und landwirtschaftliche Geräte. Sie setzt, was noch wichtiger ist, die Zölle für wollene und baumwollene Fabrikate, Metallwaren, Porzellan, Seife und tausend Dinge des Massenverbrauchs ganz erheblich herab und bringt eine gut durchgearbeitete *Verbilligung* des täglichen Lebensunterhalts, deren Sorgfalt sich bis auf das Rizinusöl erstreckt.« Ob dieses Programm verwirklicht und auch unser Gewerbe, das durch die amerikanische Zollgesetzgebung schwer getroffen wurde, einbezogen wird, muß abgewartet werden. Jedenfalls berechtigen die bisherigen Er-

fahrungen noch nicht zu einer optimistischen Aufnahme der amerikanischen Meldungen.

Vom Kampfe gegen die Arbeiterjugend. Weil ein jugendliches Mitglied des Holzarbeiterverbandes in der Stadt Schönlanke in Posen an einem Vergnügen seiner Zahnlüste teilgenommen hatte, wurde es mit einem *Strafmandat über 3 Mk.* bedacht. Durch die Teilnahme an dem Vergnügen soll der Missetäter das Ortsstatut und die Schulordnung der Fortbildungsschule übertreten haben. Letztere schreibt vor, daß kein Fortbildungsschüler ohne Genehmigung des Schulleiters einem Verein angehören oder an der Versammlung eines solchen teilnehmen darf. Gegen das Strafmandat wurde Einspruch erhoben, so daß sich das Schöffengericht am 8. April mit der Angelegenheit beschäftigen mußte. Hier wurde vom Verteidiger geltend gemacht, daß die Schulordnung vom Leiter der Schule, nicht aber von der Gemeindebehörde erlassen sei, die hierfür allein zuständig ist. Die Bestimmungen der Schulordnung, gegen welche sich der Angeklagte vergangen hat, sind aber schon deshalb ungültig, weil sie das Vereinsrecht berühren, welches durch das Reichsvereinsgesetz erschöpfend geregelt ist. Keine Behörde ist befugt, strafrechtliche Verbote gegen die Teilnahme von Schülern an Vereinen oder Versammlungen zu erlassen. Das Gericht schloß sich diesen Darlegungen an. Der Angeklagte wurde nicht nur freigesprochen, auch seine *Verteidigungskosten* wurden auf die *Staatskasse* übernommen. — Wie in diesem Falle die Bestimmungen der Schulordnung schon deshalb ungültig sind, weil sie das durch das Reichsvereinsgesetz erschöpfend geregelte Vereinsrecht berühren, so können auch die vom Schutzverbände empfohlenen Lehrverträge, soweit sie das Vereinsrecht betreffen, nicht maßgebend sein. Und wie keine Behörde befugt ist, strafrechtliche Verbote gegen die Teilnahme von Fortbildungsschülern an Vereinen und Versammlungen zu erlassen, so kann auch durch diese Lehrverträge der Anschluß eines Lehrlings an Vereine oder die Beteiligung an Versammlungen nicht ausgeschlossen werden. Derartige Bestimmungen sind, wie Rechtsanwalt Dr. Heinemann bereits in Nr. 9 des Jahrganges 1911 der »Graph. Presse« ausführte, *als gegen die guten Sitten verstößend und die persönliche Freiheit verletzend nichtig*. Daran ändert auch ein Fehlurteil des Gewerbegerichts Eßlingen bzw. des Amtsgerichts Stuttgart nichts, das den Zusatz auf den schutzverbänderrischen Lehrverträgen, wonach einem Lehrling der Anschluß an Vereine verboten wird, als zu Recht bestehend betrachtet hat. Wie das oben zitierte, einen ähnlichen Fall betreffende Urteil des Schöffengerichts in Schönlanke beweist, machen sich aber Gerichte das in Eßlingen bzw. Stuttgart gefällte Fehlurteil nicht zu eigen.

Die Reichspost auf der Internationalen Buchgewerbe-Ausstellung Leipzig 1914. Der Staatssekretär des Reichspostamtes hat eine Beteiligung der *Bücherei des Reichspostamtes* an der *Internationalen Buchgewerbeausstellung* angeordnet.

2300 Färbearbeiter in Crefeld stehen seit neun Wochen im *Streik*, um sich eine bessere Existenz zu erkämpfen. Die von den Unternehmern gemachten Zugeständnisse reichten nicht aus, um die Differenzen friedlich beizulegen. Die Christen-»Führer« haben den Streikbruch proklamiert und treiben ihre Leute in die Betriebe. Doch ein großer Teil hat diesen Auch-Arbeitervertretern die Gefolgschaft versagt und kämpft mit den reorganisierten Arbeitern weiter. Die Polizei ist rege in Tätigkeit, um die nützlichen Elemente zu »beschützen«. Etwa 300 Hintzbrüder sind als Streikbrecher herangezogen worden. Da diese jedoch nicht ausreichen, haben die Unternehmer Streikbrechergruppen in alle Teile Deutschlands geschickt. Der Vorstand des Textilarbeiterverbandes ersucht daher die gesamte Arbeiterschaft, Solidarität zu üben und dafür zu wirken, daß die Arbeit dieser Werbeagenten erfolglos bleibt.

Die größte Gewerkschaft der Welt, der deutsche Metallarbeiterverband, veröffentlichte den Jahresabschluß für 1912. Demnach betrug die Mitgliederzahl Ende:

	1911	1912	Zunahme
Männliche Mitglieder	473058	516654	43596
Weibliche	26063	27876	1813
Jugendliche	16024	17017	993

Zusammen 515145 561547 46402

Im letzten Jahre vereinnahmte der Verband an Beitragsgeldern 81339 Mk., an Beiträgen 17476024 Mk., an Sonstigem 376723 Mk., zusammen 17934086 Mk. Durchschnittlich wurden für jedes Mitglied 49,01 Wochenbeiträge im Laufe des Jahres entrichtet. Für Unterstützungen wurden im letzten Jahre verausgabt: Reisegeld 34426 Mk., Umzugsunterstützung 140381 Mk., Krankenunterstützung 3435502 Mk., Arbeitslosenunterstützung 1690529 Mk., Streikunterstützung 2342257 Mk., Maßregelungsunterstützung 177294 Mk., Nothfallunterstützung 70871 Mk., Sterbegeld 127244 Mk., Rechtsstützung 63135 Mk., zusammen 8391909 Mk. Das Vermögen des Verbandes stieg auf 11370379 Mk.

Beamtengehälter der Unternehmerverbände. Das Ableben ihres bisherigen Generalsekretärs hat die Unternehmervereingung der deutschen Lederindustriellen veranlaßt, diesen Posten zur Neubesetzung in der »Frankfurter Zeitung« sowohl als auch in der »Kölnischen Zeitung« auszuschreiben. Als Voraussetzung für

etwaige Bewerbungen wird nationalökonomische Schulung, Sicherheit in handelspolitischen Fragen und im Verkehr mit den Staatsbehörden gefordert. Das Mindestanfangsgehalt für diesen Posten beträgt 10000 Mark, dabei ist der in Frage kommende Zentralverein der deutschen Lederindustrie eine verhältnismäßig kleine Unternehmerorganisation, die nur einen Bruchteil der deutschen Lederindustriellen zu ihren Mitgliedern zählt. Aus der hohen Gehaltsfestsetzung ist zu schließen, daß diese kleine Unternehmervereinigung den Wert organisatorischer Tätigkeit sehr wohl zu würdigen weiß, und man sollte meinen, daß sie denselben Grund satz auch den Arbeitergewerkschaften gegenüber leiste. Hier aber ist bekannt, daß die mit dem Gehalt eines leiternder Industriellen Generalsekretärs nicht entfernt vergleichbaren Bezüge der Gewerkschaftsangehörigen jahraus jahrein erhalten müssen, um die Arbeiter gegen ihre Führer aufzuheben. Die Gewerkschaftsgehälter werden von der Unternehmerpresse als ein »Mästen von Arbeitergroschen« hingestellt. Die berufsmäßige Scharfmacherei dagegen honoriert man mit 10000 Mk. als »Mindestanfangsgehalt!«

Zehn Gebote für nörgelnde Vereinsmitglieder. Durch die Presse geht gegenwärtig ein Artikel der »Rundschau für Gemeindebeamte«, in dem in köstlicher Ironie folgende zehn Gebote für nörgelnde Vereinsmitglieder aufgestellt werden: 1. Sprich schlecht von deinem Verein bei jeder Gelegenheit, die sich dir bietet. 2. Drohe stets mit deinem Austritt oder mit Widersetzlichkeit, wenn dir in deinem Verein etwas nicht paßt. 3. Unterlasse nicht, jedermann haarklein zu erzählen, daß du mit der Tätigkeit deines Vereins nicht einverstanden bist. 4. Wenn du dich mit einem Vereinsmitglied verfeindet hast, so versäume nicht, es den Verein entgelten zu lassen. 5. Unterstelle allen, welche Arbeit für den Verein verrichten, daß sie das nur aus Ehrgeiz oder um eines Amtes willen oder wegen persönlicher Vorteile tun. Hüte dich aber sorgfältig, für deinen Verein etwas zu tun, damit du nicht selbst in gleicher Weise beschuldigt wirst. Schwänze womöglich die Versammlungen. 6. Erkläre einem jeden, der nicht im Verein ist, wie es eigentlich zu sein hätte, hüte dich aber, das im Verein selbst zu sagen. 7. Sprich niemals Gutes über die Gewählten deiner Organisation, die an der Verbesserung deiner Verhältnisse arbeiten. 8. Wenn du etwas gescheiter als andere bist, so laure, bis einer aus der Vorstandschaft einen Fehler oder ein Versäumnis begeht. Dann falle über ihn her. Mit deinen bessern Gedanken halte unbedingt so lange zurück. 9. Vergiß nie, aus »prinzipiellen Gründen« in den Versammlungen Opposition zu machen, denn du bist die Würze der Versammlungen: das Salz, der Pfeffer, die Muskatnuß. Wärs du es nicht, so würden die Versammlungen unschmackhaft sein. 10. Trifft zumal einer in deinem Sinne das Richtige, so widersprich dennoch, sonst wärs du nicht derjenige, der alles besser weiß. Wenn du das alles tust, so darfst du dich rühmen, als ein gescheiter Mann angestaunt zu werden, der eigentlich »der Richtige« wäre.

Aus dem Auslande.
Belgien. Der Generalstreik der belgischen Arbeiterschaft wurde am 24. April nach 10tägiger Dauer durch den außerordentlichen Parteitag der belgischen Sozialdemokratie für beendet erklärt. Er beschloß eine vom nationalen Streikkomitee vorgeschlagene Resolution, die den Erfolg des Streiks bestätigt: 1. als eindrucksvolle Demonstration der Solidarität und Disziplin der Arbeiterschaft; 2. durch den Eindruck auf die öffentliche Meinung, die jetzt überzeugt ist von der Unumgänglichkeit der Wahlrechtsreform; 3. weil die Regierung gezwungen wurde, zuzugeben, daß die Kommission für die Revision des Gemeinde- und Provinzwahlrechts auch das Kammerwahlrecht wird erörtern können. Die Resolution besagt schließlich: Durch den Generalstreik sei alles erreicht, was jetzt erwartet werden konnte, und die Wirksamkeit dieser Waffe sei wiederum erwiesen worden. Kein Friede werde im Lande herrschen, bevor das gleiche Wahlrecht erreicht ist. Unter diesen Umständen sei dem Parteitag die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit vorzuschlagen. — Damit ist die grandiose Manifestation des belgischen Proletariats zu Ende. Einmütig und geschlossen, wie die belgischen Arbeiter in den Kampf gingen, haben sie die Arbeit wieder aufgenommen, jederzeit bereit, die scharfe Waffe, die sie niederlegten, wieder aufzunehmen, sobald man es wagen sollte, sie wieder hinzuhalten und die Erfüllung ihrer berechtigten Forderungen zu verschleppen.

Genossenschaftl. Monatsschau.

Berlin, den 28. April 1913.

Jahresabschluss 1912: Zentralverband Deutscher Konsumvereine; Millionenvereine; Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine; internationale Übersicht über die Großeinkaufsgesellschaften. Verlagsgesellschaft Deutscher Konsumvereine.

Nachdem wir bereits in Nr. 4 der »Gr. Pr.« eine vorläufige Übersicht über die Entwicklung der Konsumgenossenschaftsbewegung in Deutschland im Jahre 1912 geben konnten, ist es uns heute möglich, die endgültigen Zahlen bekannt zu geben, wenigstens so weit sie sich auf die Zentrale der deutschen Konsumvereine beziehen.

Nach diesen Zahlen hatte der Zentralverband deutscher Konsumvereine im Jahre 1912 einen

Fortschritt aufzuweisen, der selbst die kühnsten Erwartungen übertrifft hat. Die in ihm zusammengeschlossenen Konsumvereine, Arbeits- und ähnlichen Genossenschaften, Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine und Verlagsanstalt deutscher Konsumvereine erzielten einen Gesamtbruttoumsatz von 602 979 699 Mk., gegen 506 011 287 Mk. im Jahre vorher. Der Reinertrag stellt sich nach Abzug der Geschäftslasten, die 1912 58 170 139 Mk. betragen, auf 25 883 579 Mk., gegen 23 430 746 Mk. im Jahre 1911. Einen ganz wesentlichen Anteil an der Steigerung des Umsatzes hatte die Eigenproduktion. Der Erlös der in ihr hergestellten Waren betrug im Jahre 1912 103 956 053 Mk., gegen 80 990 422 Mk. im Jahre vorher. Die Zahl der in den Genossenschaftsbetrieben des Zentralverbandes beschäftigten Personen vermehrte sich von 21 939 auf 26 401. Die Mitgliederzahl der dem Zentralverbande angeschlossenen Konsumvereine (1911: 1142, 1912: 1155) erhöhte sich von 131 342 am Schlusse des Jahres 1911 auf 148 381 am Schlusse des Berichtsjahres; ihr Umsatz im eigenen Geschäft stieg von 355 503 974 Mk. auf 423 145 111 Mk., im Lieferantengeschäft von 29 898 138 Mk. auf 31 321 421 Mk., während sich der Wert der Eigenproduktion von 62 891 990 Mk. auf 83 871 263 Mk. erhöhte. Die »Konsumgenossenschaftliche Rundschau« bemerkt dazu: »Reichlich 170 000 Mitglieder und fast 70 Millionen Mark Umsatz mehr, dazu ein Zuwachs in der Eigenproduktion von 21 Mill. Mark — das ist ein Ergebnis, das jeden Genossenschaftler mit Freude erfüllen muß!«

Während im Jahre 1912 der Zentralverband deutscher Konsumvereine 43 Vereine zählte, deren Umsatz 1 Million Mark und darüber betrug, waren es 1912 bereits 77, nämlich: München-Sendling, Nürnberg-Fürth, Würzburg, Augsburg, Berlin, Neusalzbrunn, Stettin, Brandenburg, Sagan, Luckenwalde, Königsberg, Langenbielau, Magdeburg-Neustadt, Halle (Saale), Braunschweig, Kassel, Dessau, Hamburg (»Produktion«), Hamburg (»Neue Gesellschaft von 1856«), Bielefeld, Bremerhaven, Kiel, Odenburg, Linden, Rüstingen, Hannover, Bremen, Lübeck, Flensburg, Harburg, Herford, Essen, Köln, Barmen, Elberfeld, Dortmund, Düsseldorf, Remscheid, Bochum, Rheydt, Ohligs, Krefeld, Velbert, Leipzig-Plagwitz, Dresden, Chemnitz, Dresden-Löbtau, Zwickau-Schledwitz, Dresden-Pieschen, Plauen, Meissen, Dresden-Striesen, Niedersiedlitz, Limbach, Aue, Meerane, Crimmitschau, Frankfurt (Main), Mannheim, Mainz, Mülhausen (Elsaß), Straßburg (Elsaß), Ludwigshafen, Wiesbaden, Altenburg, Gera-Debschwitz, Meuselwitz, Jena, Gotha, Hohenmölsen, Eisenach, Apolda, Stuttgart, Eßlingen, Gmünd, Cannstatt und Tuttingen. — Außer diesen hier aufgeführten Vereinen mit Millionenumsätzen, die dem Zentralverbande deutsch. Konsumvereine angehören, gibt es noch zwei Millionenvereine, die sich zum Westdeutschen Verbande zählen (Altenessen und Mühlheim-Rhein), und neun Konsumvereine, dem Allgemeinen Verbande angehörend, nämlich: Görlitz, Iserlohn, Halle (Saale), Breslau, Rosd'zin, Karlsruhe, München, Pforzheim, Ulm. — D'e größten Vereine sind Leipzig-Plagwitz mit 23 983 213 Mk., der alte Breslauer mit 22 738 720 Mk. und Hamburg, »Produktion«, mit 21 710 679 Mk. Umsatz. Ihnen wird sich ebenbürtig der »Vorwärts« (Dresden) anreihen, der sich inzwischen eine Anzahl größerer und kleinerer Vereine einverleibt hat.

Gleichen dem Zentralverband und der Mehrzahl der ihm angehörenden Vereine hat auch die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine im Jahre 1912 einen glänzenden Abschluß erzielt, wie die endgültigen Ziffern beweisen. Der Warenumsatz stieg von 109 605 469,39 Mk. auf 135 907 173,21 Mk., also um 26 301 703,82 Mk. — rund 24 Proz. Der Umsatz der Zigarren- und Tabakfabriken erhöhte sich von 2692 608,25 Mk. auf 3 365 538,24 Mk., also um 672 919,99 Mk. — 25 Proz. Ähnlich entwickelte sich die Seifenfabrik. Sie steigerte ihren Umsatz von 4 863 904,30 Mk. auf 5 539 737,66 Mk., also um 675 833,36 Mk. — fast 14 Proz. Ganz gewaltige Fortschritte machte die Bankabteilung. Sie setzte auf Girokonto um im Kredit 156 877 109,73 Mk., gegen 97 242 189,85 Mk. im Vorjahr, also 59 634 919,88 Mk. oder reichlich 61 Proz. mehr; im Debet 158 537 935,19 Mk. gegen 95 489 351,39 Mk. im Vorjahr, also 59 048 583,80 Mk. oder fast 62 Proz. mehr. — Dieses allgemeine Wachstum darf die deutschen Genossenschaften mit berechtigtem Stolz erfüllen. Während die englische Großeinkaufsgesellschaft im 19. Jahre ihres Bestehens es erst auf 83 Millionen Mark Umsatz gebracht hatte, weist die deutsche nach neunzehnjähriger Tätigkeit bereits 136 Millionen Mark auf. Das eröffnet die schönsten Aussichten für die Zukunft.

Dieser erfreulichen Entwicklung ist es zu danken, daß sich die deutsche Großeinkaufsgesellschaft im Kreise ihrer Schwesterorganisationen anderer Länder immerhin schon sehen lassen kann. Das »Internationale Genossenschafts-Bulletin« veröffentlicht eine Aufstellung (Siehe Spalte 3) über die Umsätze der meisten bestehenden Großeinkaufsgesellschaften der Welt, die in dieser Hinsicht lehrreiche Vergleiche und beachtenswerte Beobachtungen zuläßt. In bezug auf die Höhe des Umsatzes steht die deutsche Großeinkaufsgesellschaft an dritter Stelle, vor ihr kommen noch die Gesellschaften von England und Schottland. In bezug auf die Zunahme des Warenumsatzes gegenüber dem Vor-

Großeinkaufsgesellschaft	Warenumsatz Mk.	Zunahme gegenüber 1911 Mk.	Proz.
C. W. S., Manchester	594 643 080	32 020 080	5,62
S. C. W. S. Glasgow	167 825 165	10 803 585	6,88
G. E. G., Hamburg	135 907 173	26 301 704	23,99
F. D. B., Kopenhagen	62 155 520	7 498 500	13,71
V. S. K., Basel	29 816 676	4 139 894	16,12
Hanga, Budapest	23 539 426	3 541 453	17,71
Keskuskunta, Helsingfors	15 619 553	2 706 175	20,96
S. P. O., Moskau	12 808 800	4 999 215	64,01
K. F., Stockholm	7 587 392	1 863 644	32,55
Handelskamer, Rotterdam	7 363 711	1 344 279	22,33
F. C. B., Antwerpen	5 251 997	1 475 540	28,09
G. W. K., Mülheim	4 814 989	2 334 041	86,55
J. A. W. S., Dublin	3 538 000	879 420	33,07
N. K. L., Christiania	2 198 581	816 677	59,00
V. D. P., Prag	1 816 254	454 512	33,37
C. d. J., Paris	1 565 218	81 392	5,48
C. J. C., Mailand	1 005 195	—	2,-
Konkordia, Zürich	953 956	329 933	5,87

jahre hat die deutsche Gesellschaft die schottische bereits weit überholt, so daß sie hinter der englischen an zweiter Stelle rangiert.

Daß die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung ihren Aufstieg auch im laufenden Jahre tatkräftig fortsetzen wird, steht außer Frage. Ein weiterer Schritt auf diesem Wege ist die im März erfolgte Grundsteinlegung zum Neubau der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine. Mit der Errichtung dieser Zentrale ist die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung im Begriff, ihren sonstigen Betrieben einen neuen von imponierender Stätte anzugliedern. Die Verlagsgesellschaft hat in Hamburg die Grundstücke beim Strohhause 24 bis 40, 14 bis 20 und Hammerbrookstraße 15 zum Preise von zusammen 925 000 Mk. erworben. Auf diesen Grundstücken wird ein Verwaltungs-, Kontor- und Betriebsgebäude der Verlagsgesellschaft errichtet werden. Zu diesem Zweck ist eins der fünf Vorderhäuser niedergelegt worden, während im übrigen das bisher brachliegende Hinterland bebaut wird. Die nicht niedergelegten vier Häuser ergeben einen so hohen Metertrag, daß sich der Ankaufswert des Grundstücks mit ca. 5 Prozent verzinst. Das neue Verwaltungs-, Kontor- und Betriebsgebäude erstreckt sich in einer Länge von über 100 Metern von der Straßenflucht beim Strohhause bis zum Bahndamm der Vorortsbahn und erhält außerdem zwei Flügelbauten von je 40 Meter. Die Höhe beträgt acht Stockwerke, wovon drei Kellergeschosse für Lagerzwecke. Die Breite des Baues, der aus Eisenbeton hergestellt wird, beträgt rund 16 Meter. Die Arbeitsstätte werden eine Breite von etwa 15 Metern im Lichten haben und sind säulenfrei. Der Vorschlag für den Bau beläuft sich auf 2 140 000 Mk. In dieser Summe ist die elgne Kraftzentrale mit 140 000 Mk. eingegriffen. Der Neubau soll mit Ende des Jahres 1913 schlüsselfertig geliefert werden. Bauleitender Architekt ist Herr Architekt Krug. In dem Neubau sollen die gesamten Betriebe der Verlagsgesellschaft und die Bureaus des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine vereinigt werden. Die Verlagsgesellschaft treibt zurzeit eine Großbuchdruckerei und Buchbinderei, Besenbinderhof 52, eine Papierwarenfabrik, Hammerbrookstraße 93. Sie beschäftigt über 500 Personen. Mit der Übersiedlung in den Neubau wird eine erhebliche Betriebsverlängerung verbunden. Für die Anschaffung von Maschinen, Schriften und Inventar zur Erweiterung des Betriebs, der ca. 18 000 qm nutzbare Bodenfläche enthalten wird, sind etwa 700 000 Mk. vorgesehen worden. In einem der Vorderhäuser, auf dem Grundstücke beim Strohhause 24 bis 40, befindet sich zurzeit das Bureau der Volksfürsorge, Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft. Nach Fertigstellung des Neubaus wird die Volksfürsorge in dem Neubau ihre Bureaus erhalten. Mit den Erd- und Ausschachtungsarbeiten ist bereits im November 1912 begonnen worden; für den größeren Teil des Baues sind die umfangreichen Fundamentierungsarbeiten schon beendet.

Für die Verkürzung der Arbeitszeit.

Die Maifeyer ist da und die organisierte Arbeiterschaft der Kulturwelt bringt wieder einmal ihren Willen zum Ausdruck, den Achtstundentag zu erkämpfen. Da dürfte es wohl von Interesse sein, einen Blick zu werfen auf den Kampf um den Arbeitstag in England und die Meinung des größten englischen Geschichtsschreibers und Sozialpolitikers zu hören, den das vorige Jahrhundert hervorgebracht hat. Macaulay, der am 25. Oktober 1800 das Licht der Welt erblickte, war Gelehrter und Politiker; zu verschiedenen Malen nahm er als liberaler Abgeordneter einen Sitz im Parlamente ein und auch ins Ministerium berief ihn das Vertrauen seiner Parteigenossen. In dieser seiner Eigenschaft war er — im Gegensatz zu seinen Parteifreunden — ein eifriger Anhänger und Förderer der Arbeiterschutzgesetzgebung und besonders kämpfte er für den Gedanken einer Arbeitszeitverkürzung mit der Wärme der Überzeugung

und mit den Waffen einer blendenden Beredsamkeit. Seine Glanzleistung war jene berühmte Rede im englischen Unterhause, die er am 22. Mai 1846 zu Gunsten des Zehnstundentages hielt.

Zum besseren Verständnis dieser Rede müssen wir uns einen Augenblick mit der Entwicklung der englischen Arbeiterschutzgesetzgebung beschäftigen. Seit dem Erde des 18. Jahrhunderts hatte in England die Maschine ihren Einzug gehalten und infolge ihrer kapitalistischen Anwendung zu einer maßlosen Verlängerung des Arbeitstages geführt; auch die Frauen- und Kinderarbeit drang in die Industrie ein — »Maschinenarbeit ist leicht und gesund«, hieß es damals —, und die Folge davon war eine vollständige Entartung der Arbeiterklasse in körperlicher, geistiger und sittlicher Beziehung. Mit Recht konnte damals der Premierminister, Sir Robert Peel öffentlich erklären: »Die Maschine, jene große Leistung englischen Scharfsinns, ist der Nation statt zu einem Segen, zu ihrem bittersten Fluche geworden.«

Als die Verheerungen zu groß wurden, begann man sich mit der Frage zu beschäftigen, ob es nicht angebracht sei, eine, von Staatswegen die unendlich lange Arbeitszeit zu verkürzen. Alle verrückten Menschen jener Zeit, die ein Fünkchen Menschenliebe im Herzen trug, waren sich darin einig, daß etwas geschehen müsse, um die Verelendung der großen Masse des Volkes aufzuhalten. Nur die Fabrikanten und die manchesterlichen Nationalökonomiker waren anderer Ansicht; ihnen erschien das Massenerlend als eine notwendige Ergänzung des Reichtums, die man vielleicht bedauern, aber nicht beseitigen könne; eine Verkürzung der Arbeitszeit bedeute für sie ein nationales Unglück und den Ruin der Industrie. Und überhaupt hatte der Staat, ihrer Überzeugung nach, auch gar kein Recht, sich in das Verhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmer einzumischen. Es war jene Zeit, als die krasse Theorie des liberalmanchesterlichen »Laissez faire, laissez aller« — Laß alles gehen, laß alles treiben — unbedingt herrschte und als die alleinseligmachende Wissenschaft galt; es war jene Zeit, als der berühmte liberale Staatsmann John Bright unter dem Jubel seiner Zuhörer den Antrag auf Verkürzung der Arbeitszeit mit folgenden leidenschaftlichen Worten bekämpfte: »Da ich überzeugt bin, daß die Vorlage die besten Interessen des Landes schädigen und vernichten wird, da ich der Meinung bin, daß sie allen Prinzipien einer gesunden Gesetzgebung widerspricht, daß sie nichts anderes als eine Hinterziehung der Arbeiterklasse bedeutet, daß sie lediglich von denen befürwortet wird, deren jede Kenntnis des Fabrikwesens abgeht, da ich sie für eine der schlechtesten Maßnahmen halte, die jemals in die Form eines Gesetzes gekleidet worden ist und, falls sie Gesetz würde, die Bedürfnisse der Industrie und die Forderungen sowohl von Arbeitern wie Unternehmern dazu nötigen würden, das Beste wieder abzuschaffen — da dies meine Überzeugung ist, sehe ich mich gezwungen, der Vorlage den heftigsten Widerstand entgegenzusetzen.«

Damals war es, als Macaulay, der alleinige Sozialpolitiker von Bedeutung, im Widerspruch mit seinen Parteifreunden und der offiziellen Wissenschaft, jene berühmte Rede hielt, die für immer als ein Meisterwerk staatsmännischer Beredsamkeit und als Musterbild vernünftiger Sozialpolitik gelten wird.

Zunächst untersuchte der Redner die Frage, ob der Staat überhaupt das Recht habe, in das Getriebe des Wirtschaftslebens einzugreifen. Er führte in dieser Beziehung Folgendes aus: »Viele Männer von großer Autorität sagen uns, das Prinzip, die Arbeitsstunden regeln zu wollen, sei unrichtig. Das, so sagen sie, ist eine von den Angelegenheiten, über die wir überhaupt keine Gesetze geben sollen, eine von den Angelegenheiten, die sich selbst weit besser ordnen, als irgend eine Regierung sie ordnen kann. Nun, es ist höchst wichtig, daß dieser Punkt völlig aufgeklärt werde. Gewiß dürfen wir uns keine Funktionen anmaßen, die uns nicht eigentlich gebühren; aber auf der anderen Seite dürfen wir auch nicht Funktionen entsagen, die uns eigentlich zukommen. Ich weiß kaum, was ein größerer Schaden ist für die Gesellschaft: ein väterliches Regiment, d. h. eines spürendes, einmischendes Regiment, das sich in jeden Teil des menschlichen Lebens eindringt, oder ein sorgloses müßiggängerisches Regiment, das solche Beschwerden, die es beseitigen könnte, wachsen und sich vervielfältigen läßt und das auf alle Klagen und Vorstellungen nur die Antwort hat: »Wir müssen die Dinge ihren Lauf gehen lassen, sie werden sich schon ausgleichen! Es gibt keine wichtigere Aufgabe in der Politik, als die rechte Mitte zwischen diesen höchst verderblichen Extremen festzustellen, die Linie richtig zu ziehen, die diejenigen Fälle, in denen es die Pflicht des Staates ist, einzuschreiten, von denjenigen Fällen scheidet, in denen es die Pflicht des Staates ist, sich des Einschreitens zu enthalten.«

In diesen Sätzen behandelt Macaulay eines der schwierigsten Probleme der Sozialpolitik, nämlich das Finden der Gränzscheide zwischen der Einmischung des Staates und der persönlichen Freiheit des Staatsbürgers. Mit Recht weist er darauf hin, daß im Mittelalter die Neigung bestand, alles zu kontrollieren und zu regimentieren und den Bürger gewissermaßen unter Polizeiaufsicht zu stellen, während in der liberalen Ära der Gedanke der absoluten Nichteinmischung die unbedingte Anerkennung erlangt. Während früher der Staat in alles seine Nase steckte, sollte er sich jetzt um das wirt-

schaftliche Leben gar nicht mehr kümmern. Am allerwenigsten aber sollte er sich in das Verhältnis zwischen dem Käufer und Verkäufer der Ware Arbeitskraft, also zwischen Unternehmer und Arbeiter, hineinmischen. »Ihr macht kein Gesetz«, so führten die Manchesterleute aus, »um den Preis der Handschuhe oder ihre Beschaffenheit oder die Dauer des Kredits festzustellen, den der Handschuhmacher geben soll. Ihr überlaßt es ihm, zu entscheiden, ob er hohe oder niedrige Preise ansetzen will, ob er derbes oder lockeres Material anwendet, ob er borgen oder auf Barzahlung bestehen will. Ihr erkernt an, daß das Dinge sind, die man ihm überlassen muß, mit seinen Kunden abzumachen und daß wir uns nicht hineinmischen dürfen. Aus denselben Gründen, aus denen Ihr es dem Verkäufer von Handschuhen und dem Käufer von Handschuhen überlaßt, selbst miteinander übereinkommen, müßt Ihr es auch dem Verkäufer von Arbeitskraft und dem Käufer von Arbeitskraft überlassen, selbst miteinander übereinkommen.«

Diese manchesterliche Beweisführung, die man auch heutzutage noch häufig hören kann, wenn es sich um ein Eingreifen der Staatsgewalt zu Gunsten der Arbeiterklasse handelt, ist ein Trugschluß schlimmster Art. Denn abgesehen davon, daß die menschliche Arbeitskraft ganz etwas anderes ist, als ein Handschuh oder ein Ballen Baumwolle oder ein Holzbalken, läßt sich auch nicht leugnen, daß unter Umständen höhere Interessen auf dem Spiele stehen, die ein Eingreifen der Staatsgewalt dringend fordern. Es gibt wirtschaftliche Verhältnisse, die höhere Interessen als die des Geldbeutels berühren, und es ist eine geradezu ungeheuerliche Behauptung, zu sagen, daß der Staat niehmals in solche Verhältnisse eingreifen dürfe. Ein solches Eingreifen wird immer und überall gefordert werden müssen, wenn das Wohl des Gemeinwesens in Frage kommt, und es ist bekannt genug, daß es zahlreiche Beispiele eines staatlichen Eingreifens gibt. Treffend führte Macaulay diesbezüglich aus: »Kein neues Haus darf ohne Abzugskanal gebaut werden; ein altes Haus muß mit einem solchen Kanal versehen werden. Wenn der Eigentümer sich dessen weigert, so wird der Kanal einfach auf seine Kosten angelegt. Wie nun aber, wenn der Eigentümer folgendermaßen zum Bürgermeister spräche: »Sie versichern, ein Freund des freien Verkehrs zu sein: Nach den Prinzipien der wirtschaftlichen Freiheit muß es jedem freistehen, wohlfeil zu kaufen und teuer zu verkaufen. Warum darf ich denn da mein Haus nicht so wohlfeil bauen und so teuer vermieten, wie ich kann? Sie allerdings lieben kein Haus ohne Abzugskanal, nehmen Sie daher keins von den meinigen: Sie halten meine Schlafkammern für schmutzig — es zwingt Sie niemand, darin zu schlafen! Bedienen Sie sich in Ihrer eigenen Freiheit, aber beschränken Sie nicht die Ihrer Nachbarn. Warum schicken Sie mir einen Mann, der mir ohne meine Zustimmung einen Kanal anlegt und mir meine Wohnung säubert, und warum zwingen Sie mich dann, für etwas zu bezahlen, das ich gar nicht bestellt habe? Meine Mietsleute hielten das Haus für sauber genug, sonst würden sie nicht meine Mietsleute geworden sein, und da sie und ich zufrieden waren, warum mischten Sie sich, allen Grundsätzen der wirtschaftlichen Freiheit zum Trotz, unter uns ein?«

Nachdem der Redner in dieser Weise die Anhänger des Nichteinmischungsprinzips verspottet hat, gibt er ihnen folgende Antwort: »Ich halte an der richtigen Lehre der wirtschaftlichen Freiheit fest, aber Ihre Ansicht ist eine Kalikatur derselben und bringt das Prinzip in Miskredit. Wir würden nichts mit den Verträgen zwischen Ihnen und Ihren Mietsleuten zu tun haben, wenn diese Verträge bloß persönliche Interessen berührten. Aber es handelt sich um höhere als Geldbeutelinteressen. Das Gemeinwohl ist dabei interessiert, daß die große Masse des Volkes nicht in einer Weise lebt, die das Leben elend und kurz macht, die den Körper schwächt und den Geist befleckt. Wenn große Mengen unserer Landsleute sich durch das Leben in Häusern, die Schweinställen gleichen, die Gewohnheiten der Schweine angeeignet haben, wenn sie so vertraut geworden sind mit Schmutz und Gestank und Verpestung, daß sie ohne Widerwillen in Höhlen kriechen, die jedem Menschen von reinlichen Gewohnheiten Übelkeit verursachen, so ist das ein Beweis, daß wir zu lange unsere Pflichten versäumt haben, so ist das ein Grund mehr, daß wir sie jetzt erfüllen müssen.«

Aber nicht nur vom Standpunkte des physischen Wohlergehens eines Gemeinwesens aus ist das Einmischen des Staates oder der Gemeinde in das Wirtschaftsleben ein Recht und sogar eine Pflicht, auch in Fällen, wo das geistige Leben des Volkes oder die öffentliche Sicherheit in Frage kommt, darf und muß in die privaten Verhältnisse des Einzelnen eingegriffen werden. Warum zwingt der Staat die Eltern, ihre Kinder zur Schule zu schicken, warum verbietet er den Vertrieb unsittlicher Bilder und Bücher? Warum anders, als weil er ein Interesse daran hat, daß die heranwachsenden Staatsbürger geistig gebildet und sittlich erzogen werden? »Es muß daher«, so schließt Macaulay den ersten Teil seiner Rede, »zugegeben werden, daß, wo die Gesundheit und die Sittlichkeit beteiligt sind, der Staat das Recht und die Pflicht hat, sich in die Verträge der Einzelnen einzumischen. Und wenn dies zugegeben wird, so folgt daraus, daß der Fall, mit dem wir es jetzt zu tun haben, ein Fall ist, der die Einmischung herausfordert.« Mit anderen Worten heißt

das: Weil bei der Frage der Arbeitszeitverkürzung höhere als Geldbeutelinteressen auf dem Spiele stehen, hat die Gesetzgebung das Recht, sich um diese Frage zu kümmern.

J. B. v. Schweitzer und die deutsche Gewerkschaftsbewegung.

Für die deutsche Gewerkschaftsbewegung ist v. Schweitzer eine historische Persönlichkeit. War er es doch, der den gewerkschaftlichen Organisationsgedanken unter den Arbeitern fleißig propagierte. Zu einer Zeit, in der in Deutschland noch die Koalitionsverbote bestanden — 1868 fiel das Koalitionsverbot erst in Sachsen und 1869 wurde das Koalitionsrecht durch die Schaffung der Reichsgewerbeordnung den Arbeitern in Deutschland erst allgemein gewährt —, war er einer der ersten, der zur Schaffung von Gewerkschaftsorganisationen aufforderte. In der sozialdemokratischen Partei fand diese seine Tätigkeit nicht ungeteilten Beifall. Die Lassallesche Richtung sprach der Gründung für den Kampf der Arbeiter zu, weil die Gewerkschaften ja doch nicht das eherner Lohngesetz überwinden könnten. Schweitzer setzte im Verein mit Fritzsche entgegen dieser Meinungsrichtung dennoch sein Vorhaben durch, einen deutschen Arbeiterkongreß zur Gründung allgemeiner, nach verschiedenen Berufsarten gegliederter Gewerkschaften vom 26. September 1868 nach Berlin einzuberufen, auf dem es denn auch nach scharfen Auseinandersetzungen mit Dr. Hirsch vom Gewerkverein zur Gründung von Gewerkschaften kam.

Über Schweitzer nicht nur als politischen Arbeiterführer, sondern auch als ökonomischen Aufklärer etwas Näheres zu erfahren, dürfte auch für die jetzigen Gewerkschaftsmitglieder von Interesse sein. Namentlich aber dürften seine Ansichten über das Koalitionsrecht und über Streiks wegen seiner historischen Stellung von Interesse für die Jetztzeit sein. Franz Mehring hat unlängst ein Werk über die Persönlichkeit v. Schweitzers veröffentlicht, das ihn zwar in der Hauptsache als Politiker würdigt, in Briefen und Aufsätzen aber auch seine Ansichten zu der Gewerkschaftsfrage enthält.

Schweitzer war zwar auch in den Anschauungen der damaligen Zeit befangen, auch er war der Meinung, daß durch Streiks die Lage der arbeitenden Klasse nicht wesentlich gebessert werden könne. Er schrieb den Streiks die ausgezeichnete, nicht hoch genug anzuschätzende Eigenschaft zu, daß sie besser als irgend ein anderes Mittel geeignet sind, eine Arbeiterbevölkerung, die bisher noch nicht zur Erkenntnis ihrer Klassenlage gelangt war, aus ihrem Schlummer aufzurütteln, ihr ihre Zurücksetzung in der Gesellschaft und zugleich die Gemeinsamkeit ihrer Interessen zum Bewußtsein zu bringen. Er kommt nach wissenschaftlichen Untersuchungen zu dem Urteil, daß die Streiks zwar ökonomisch notwendig erfolglos sein müßten, nichtsdestoweniger aber ein vorzügliches Mittel seien, um der Arbeiterklasse ihre eigentliche Klassenkenntnis beizubringen. Mag dieses Urteil über den Wert der Streiks auch heute nicht vollständig erscheinen, denn die Streiks haben im Laufe der Zeit ihre Hauptaufgabe: für eine Besserung der Lebenshaltung der Arbeiter zu sorgen, erfüllt und nur nebenher agitatorische Wirkungen erzielt, so entsprang diese Ansicht der damals nur erst wenig entwickelten politischen und wirtschaftlichen Arbeiterbewegung.

Doch nicht um materielle Errungenschaften wurden damals schon Streiks geführt. Im Jahre 1867 hatten die Arbeitseinstellungen in Frankreich und in England eine solche Höhe erreicht, daß sie auch in Deutschland Aufsehen erregten. Und so entstanden auch unter den Berliner Arbeitern wegen der Verleihung des Koalitionsrechtes in spontaner Weise die ersten Streiks; ebenso auch in Burg und in Leipzig. Der Kampf um das Koalitionsrecht wurde von den deutschen Arbeitern energisch aufgenommen. Bei diesem Kampf stellte sich Schweitzer in die Reihen der rechtlosen Arbeiter. Dem Koalitionsrecht sprach er den nicht zu unterschätzenden Nutzen zu, daß dadurch die Selbständigkeit des Mannes erhöht wird, daß das Gewöhnsein an Bevormundung von oben allmählich schwindet und einem dem englischen Staatsgeiste sich nähernden Sinne weichen muß, um für die eigenen Interessen eintreten zu können; mit einem Wort: der deutsche Polizeistaat würde gründlich durchbrochen werden.

Lebte Schweitzer heute noch, so würde er sehen, daß der deutsche Polizeistaat noch nicht durchbrochen ist, sondern daß eben dieser Staat sich in den bald fünfzig Jahren immer wieder bemüht hat, den Arbeitern das Koalitionsrecht zu schmälern, und das besonders gegenwärtig wieder Mächte am Werke sind, um den Arbeitern dieses Koalitionsrecht streift zu machen. So haben die Ansichten Schweitzers in der gegenwärtigen Zeit besonderes Interesse, und wer sich über die damalige Zeit, ihre Kämpfe und Ansichten über das für die Arbeiter so wichtige Staatsbürgerrecht orientieren will, dem sei die Anschaffung des von Franz Mehring herausgegebenen Buches empfohlen.

Georg Schmidt.

*) Politische Aufsätze und Reden von J. B. v. Schweitzer. Mit Einleitung und Anmerkungen herausgegeben von Dr. Fr. Mehring. Vorwärts-Verlag. Preis broschiert 3 Mk., geb. 4 Mk.

Lithographen usw. angehört habe. Die Gewerkschaftskasse des »Lithographen-Bundes« wurde bereits am 1. Juli 1907 aufgelöst. Von diesem Tage an gehörten die Mitglieder des kleinen Verbandes der Gewerkschaftskasse unserer Organisation an, waren also Mitglieder des wichtigsten Teiles des Verbandes. Am 1. April 1908 traten sie sodann auch den Unterstützungskassen des »Verbandes der Lithographen usw.« bei. An demselben Tage aber trat die Lehrlingsabteilung auch erst ins Leben. Das alles muß den Kollegen im H.-V. bekannt sein. Darum ist die oben angeführte Behauptung unrichtig. Es tut mir leid, daß ich dem Hauptvorstand meiner Organisation nachweisen muß, daß er gegen seine Kritiker mit solchen Waffen kämpft. Hat er keine besseren? Aber noch eine Frage: Was soll die Bemerkung des H.-V. überhaupt bezwecken? Sie kann nur den Zweck haben, mich persönlich in den Augen der Leser unseres Blattes herabzusetzen. Solcher Mittel bedient sich aber nur der, der seinen sachlichen Argumenten nur sehr geringe Durchschlagskraft zutraut.

Sodann soll es mir bei der Abfassung meiner Artikel nur darum zu tun gewesen sein, die »Tätigkeit unserer Lehrlingsabteilung abfällig zu kritisieren.« Ich müßte ein sonderbarer Kauz sein, wenn ich plötzlich meine edelste Aufgabe darin erblickte, eine Institution abfällig zu kritisieren, nachdem ich ihr vier Jahre mit vielem Vergnügen und einigem Erfolg gedient habe.

Der Zweck der beiden Artikel, die zu schreiben ich mir herausnahm, war ein ganz anderer. Anschließend haben ihn unsere Freunde vom H.-V. nicht recht durchschaut. Darum sei es erlaubt, ihn darzulegen.

Ich wollte nachweisen, daß sich die Situation der proletarischen Jugendbewegung seit 1908 wesentlich verschoben hat. Die Gegner sind eifrig und mit großen Mitteln an Werke, sie zu schädigen oder gar zu vernichten. Unser Hauptvorstand tut sich viel darauf zu gute, daß wir die Frankfurter Jugendabteilung vernichtet haben. Aber was bedeutet das arme, von Unternehmers Gnaden abhängige Frankfurter Vereinen im Vergleich zu der mit Millionen subventionierten staatlichen Jugendpflege? Weiß der Hauptvorstand denn nichts von der dauernden und steigenden Bekämpfung unserer Jugendbewegungen in den Fortbildungsschulen, durch bürgerliche Vereine jeder politischen Richtung und durch viele andere Mittel? Einen kleinen Gegner haben wir geschlagen, ein größerer, viel größerer ist uns erstanden. Des kleinen Gegners vermochten wir mit kleinen Mitteln Herr zu werden, gegenüber dem stärkeren Angreifer sind größere Mittel notwendig. Das wollte ich mit meinem Artikel ausdrücken.

Ich lese nun allerdings im Artikel des H.-V., daß auch er »sehnlichst wünscht«, »daß auch die pädagogische Erziehung unserer Jugend bessere Früchte trägt.« Er nennt auch einige von den Vorbedingungen für das Erreichen dieses Zieles, aber die erste Vorbedingung vergißt er aufzuführen. Diese ist nämlich m. E., daß die Zentrale sich um die Lehrlingsabteilung kümmert. Man darf nicht »sehnlichst wünschen, lieber Hauptvorstand, sondern man muß handeln! Man muß sich an die Spitze der Bewegung stellen!

Der Hauptvorstand ist allerdings nicht der Meinung. Er denkt, daß die »Leiter der Lehrlingskommissionen aus der Praxis, vertraut mit den sonstigen örtlichen Verhältnissen, weit eher wissen müssen, was den einzelnen Orten angepaßt ist«, als der Hauptvorstand. Wenn sie es nun aber nicht wissen? Ich selbst weiß aus der Erfahrung, daß man in der Tat in kleineren Orten oft nicht weiß, was man mit den Lehrlingen anfangen soll, und daß man freudig jede Anregung aufgreift. In anderen Städten wieder geschieht aus Mangel an Einsicht in die Notwendigkeit dieser Arbeit nichts, und hier bedürfte es des ständigen Drängens einer höheren Instanz.

Aber vor allem sparen wir doch durch eine Zentralisation der Arbeit auf dem in Frage stehenden Gebiete Mittel und Kräfte. Der H.-V. sagt, es seien Bücherleihen geschaffen worden. Sicher werden die großen Städte Jugendbibliotheken eingerichtet haben. Aber wo bleiben die Mittelstädte und die kleinen Orte, die sich aus eigenen Mitteln eine Lehrlingsbibliothek nicht leisten können? Sollten da nicht Wanderbibliotheken für Jugendliche am Platze sein? Und ist das nicht schon eine prächtige Aufgabe für eine Zentralstelle? Die Kollegen im H.-V. können die Überzeugung haben, daß ihnen die Leiter der kleinen und mittleren Zählstellen von Herzen dankbar wären für eine solche Gabe. Und sie hat den Vorzug, daß sie sehr wenig kostet. Ebenso ließe sich zur Bekämpfung der Schundliteratur mit anderen Mitteln als der Bibliothek von einer zentralen Instanz aus sehr viel tun.

Auch der Fachunterricht kann dadurch belebt und gefördert werden, daß eine auf hoher Warte stehende Zentralstelle einen Arbeitsplan herausgibt, der zeigt, wie man mit den geringsten Mitteln einen sachtheoretischen Unterricht bewerkstelligen kann. Des weiteren wäre ein Augenmerk zu richten auf die Versorgung der kleinen Lehrlingsabteilungen mit rednerischen Kräften. Ich bin überzeugt, daß es eine ganze Anzahl von rednerisch und pädagogisch begabten Kollegen gibt, die sich ein Vergnügen daraus machen, im Jahre einmal einen Bezirk zu bereisen und Vorträge vor den Lehrlingen zu halten. Die Sache muß aber auch nach vernünftigen Grundsätzen organisiert werden, denn es ist nicht damit getan, daß einer einen Vortrag hält, den er gerade auf

der Walze hat. Diese Organisation ist wieder Aufgabe einer Zentralstelle. Natürlich können wir nicht das ganze Jahr Wanderredner im Reiche umherhetzen. Die Zwischenzeit aber kann in den kleinen und mittelgroßen Lehrlingsabteilungen durch Lesabende ausgefüllt werden. Auch dazu bedarf es, um Dummheiten, die in solchen Dingen sehr leicht gemacht werden, zu vermeiden, einer Anleitung und eines Literaturnachweises. Und diese Hilfsmittel bereitzustellen ist ebenfalls Pflicht des Hauptvorstandes.

Der Hauptvorstand hat mir in seinem Artikel vorgeworfen, daß ich »Ausfälle« mache, anstatt Anregungen zu geben. Hier hat er nun die Anregungen, die er wünscht. Ich darf mir nun wohl noch herausnehmen, ihm zu raten, die Arbeit für die Jugend einem bestimmten Kollegen aus seiner Mitte zu übertragen. Dieser muß die Aufgabe haben, Pläne auszuarbeiten und sie dem Hauptvorstand vorzulegen. Wenn der Hauptvorstand sich an diese schöne Arbeit heranmacht, dann wird er bald einsehen, daß die »Angebot von allgemeinen Anregungen und Anweisungen« garnicht so begrenzt ist wie er meint. Es handelt sich um eine Aufgabe, die zu lösen des Schweizere der Edlen vom H.-V. wohl wert ist.

Rich. Seidel.

III.

Auf die vorstehenden zwei Artikel Bezug nehmend, wollen wir an dieser Stelle nur noch folgendes bemerken:

Hätte Kollege Seidel die heutigen Anregungen gleich gegeben, so hätten wir auf seine Ausführungen nicht geantwortet. Wir können sehr gut eine Kritik vertragen und wollen keinem Kollegen eine solche unterbinden. Aber gegen die Art Kritik, wie sie Kollege Seidel für gut fand, wenden wir uns. Man lese nur noch einmal den Absatz nach im zweiten Artikel des Kollegen Seidel (Gr. Pr. Nr. 13, Seite 101), von: »Wollen wir diese Arbeit leisten« usw. bis »eine sehr schlechte Ökonomie«, und jeder Kollege wird sagen müssen, daß dieser Ton gewiß nicht kollegial ist. Auch heute kann Kollege Seidel diese Art der Kritik nicht ganz unterlassen.

Zu seinen heutigen Ausführungen bemerken wir nur: Daß der Sonderverband der Lithographen sich erst am 1. April 1908 endgültig unserm Verbande der Lithographen, Steindruckern und verwandten Berufe anschloß, ist bekannt, und bis dahin hatte Kollege Seidel als der Berliner Ortsvorsitzende des ersteren die Geschäfte zu führen, so daß er an der Gründung unserer Lehrlingsabteilung nicht beteiligt ist. Denn diese trat nach vorausgegangener Agitation schon am 1. März 1908 ins Leben! Daß manches in unserer Lehrlingsabteilung besser sein könnte, haben wir schon in unseren letzten Ausführungen gezeigt, ebenso aber auch darauf hingewiesen, daß sich die Stuttgarter Generalversammlung hiermit beschäftigen wird. Aber nicht erst auf die Ausführungen des Kollegen Seidel hin, sondern das war schon eine vom Hauptvorstande beschlossene Sache. Das soll auch dem Verfasser des andern Artikels »Xilef« gesagt sein.

Es wird sich ja zeigen, ob die Generalversammlung bereit ist, zu den jetzt schon geleisteten Zuschüssen noch soviel Mittel zu stellen, die es ermöglichen, alle von beiden Artikelredireuren gegebenen Anregungen zur Durchführung zu bringen. Damit erachten wir zurzeit diese Angelegenheit für erledigt.

Der Hauptvorstand.

Die Solnhofer Lithographiesteine im Welthandel.

Lithographiesteine werden bekanntlich nur bei Solnhofen in Bayern gefunden. Wo heute die Kunst Solnhofer ausgeübt wird, da sind Solnhofer Steine im Gebrauch. Sie werden nach allen Weltteilen exportiert. Wir haben nach der großen Reichsstatistik 34 verschiedene Länder ermittelt, nach denen Solnhofer Lithographieplatten ausgeführt werden. Die größte Ausfuhr findet nach den Vereinigten Staaten statt. Und es ist hier sehr bemerkenswert, daß 1907 die Ausfuhr am größten war, also gerade zu der Zeit, als in Deutschland die Krisis das Steindruckgewerbe ganz besonders schwer belastete. Für 929 000 Mk., also nahezu für 1 Million, wurden Lithographiesteine exportiert, in einer Menge von 35 722 Zentnern. Diese Höhe ist in den letzten fünf Jahren noch nicht wieder erreicht worden. Wahrscheinlich hat der Metalldruck den Steindruck mehr und mehr verdrängt.

Gestiegen ist die Ausfuhr nach China ganz bedeutend und zwar von 330 Doppelzentnern 1907 auf 1265 im Jahre 1911; desgleichen nach Britisch-Indien von 651 Doppelzentnern 1907 auf 2981 im Jahre 1911. Ein Rückgang ist bei Ägypten von 182 Doppelzentnern auf 14 Doppelzentner in denselben Jahren zu verzeichnen.

Mit Rücksicht auf den Raum müssen wir es uns versagen alle 34 Länder hier gesondert aufzuführen. Wir beschränken uns auf folgende Zusammenstellungen:

Jahr	Gesamtausfuhr	
	Doppelzentner	Wert in Mark
1907	53043	2082000
1908	44357	1410000
1909	40653	1294000
1910	52835	1607000
1911	60781	1920000

Von dieser Gesamtausfuhr entfallen auf:

Ausfuhrland	Doppelzentner					Wert in 1000 Mark				
	1907	1908	1909	1910	1911	1907	1908	1909	1910	1911
Großbritannien	7240	6184	6034	7049	7411	145	124	154	144	138
Belgien	3751	2708	2648	2047	1649	113	81	66	48	27
Italien	4089	2470	2260	2812	3892	123	74	62	72	101
Österreich-Ungarn	6033	6448	4885	6914	7302	181	193	135	191	183
Rumänien	94	115	147	147	120	3	4	9	4	5
Europäisches Rußland	4857	5232	3030	5152	6740	146	157	102	177	234
Finnland	228	302	193	201	205	7	9	8	9	9
Schweiz	2088	1047	1206	1913	1737	63	31	40	68	65
Griechenland	58	183	112	175	118	2	6	3	5	5
Türkei	143	518	355	659	242	4	16	12	23	9
Dänemark	303	291	274	228	540	9	9	17	7	17
Schweden	1132	810	476	680	680	34	24	23	22	21
Norwegen	210	211	288	326	383	6	6	13	12	20
Frankreich	6070	6724	5520	7488	9375	212	235	162	229	256
Niederlande	1320	1521	1152	1059	1418	40	46	34	31	35
Portugal	105	240	200	459	224	3	7	7	15	5
Spanien	443	339	252	295	271	13	10	15	12	13
Vereinigte Staaten v. Amerika	17861	6113	8181	10400	11105	929	318	307	411	550
Australien	272	260	444	229	427	8	8	36	6	10

fm.

Ortsberichte.

Leipzig. Am 8. April beschäftigte sich unsere Mitgliedschaft mit der Frage: »Ist für die graphischen Berufe ein Industrieverband anzustreben?« Aus dem Referat des Kollegen Brake-Hannover sei folgendes hervorgehoben: Die Unternehmer haben es verstanden, ihre Verbände zu Organisationen auszubauen, die dem reinen Klassenkampf dienen. Die Arbeiterverbände hingegen haben sich von diesem Standpunkte, durch Neutralität, Tarifgemeinschaften, Preiskonventionen und dergleichen, abdrängen lassen. Auch der Zusammenschluß der Unternehmerverbände ist viel enger als der der Gewerkschaften, sodaß der Zentralstelle der Unternehmerverbände eine bedeutend stärkere Macht innewohne als der Generalkommission der Gewerkschaften. Dazu kommt, daß das Scharfmachertum innerhalb der Unternehmerverbände immer mehr an Einfluß gewinnt, auch dort, wo es bisher noch nicht so in die Erscheinung getreten ist. Alles dieses bedingt einen engeren Zusammenschluß der Gewerkschaften. Für die graphischen Arbeiter kommt außerdem noch das Ineinandergreifen der einzelnen Berufe im Produktionsprozeß in Betracht, der den Zusammenschluß der graphischen Verbände zur Notwendigkeit macht. Er empfiehlt daher der Leipziger Kollegenschaft, dem Vorschlage der Hannoverischen Kollegen zuzustimmen. Nachdem sämtliche Diskussionsredner im zustimmenden Sinne gesprochen hatten, wurde die Hannoverische Resolution einstimmig angenommen.

Nürnberg. Die am 16. April abgehaltene kombinierte Mitgliederversammlung, welche sich mit der Berufslage im Allgemeinen und der Arbeitslosigkeit am Orte im Besonderen befaßte, beschloß, den Lokalbeitrag um 20 Pfg. zu erhöhen und zwar auf die Dauer von einem Jahr. Der erhöhte Beitrag wird als Zuschlag zur offiziellen Verbandsmarke erhoben. Angesichts des von den Verwaltungen gesammelten Tatsachenmaterials über den Stand unseres Berufes waren sich die anwesenden Kollegen einig, daß hier unbedingt helfend eingegriffen werden muß, und zwar zunächst in der Form, daß diejenigen Kollegen, welche die überaus traurige Lage unseres Gewerbes durch lang andauernde Arbeitslosigkeit zu kosten haben, unterstützt werden müssen. Steigerte sich doch, um nur ein Beispiel anzuführen, die Arbeitslosigkeit bei den Steindruckern von 470 Arbeitslosentagen im Januar 1913 auf 697 im Februar und 890 im März. Das waren insgesamt im 1. Quartal 2057 Arbeitslosentage, wovon nach dem Statut nur für 1076 Unterstützung gezahlt werden konnte. Dazu kommen noch 1600 Krankentage. Dasselbe Verhältnis mußte leider auch bei den Lithographen festgestellt werden. Des weiteren sah sich die Versammlung veranlaßt, angesichts der Tatsache, daß die Steindruckereibesitzer in ihren Berichten an die Handelskammern selbst zugeben, daß unser Gewerbe für Deutschland im Rückgange begriffen ist, trotzdem aber eine unverantwortliche Lehrlingszüchtel treiben, die Kollegen zu verpflichten, in der Frage der Lehrlingeinstellung die bisher geübten Zuteilberdienste zu unterlassen.

Der Lithograph

Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner u. Maler. Redigiert von Fr. Schnetter, Hannover.

„Überläufer“.

Nicht um Überläufer von einem graphischen Gewerbe zum andern, wie dieses früher vielfach der Brauch war, sondern um »Überläufer« vom Lithographenberuf zu irgend einem andern Gewerbe handelt es sich hier.

In den letzten fünf Jahren sind besonders auffallend viele Lithographen von ihrem Berufe, den sie mit vielen Mühen erlernt haben, abgegangen. Sie haben sich zu andern Gewerben geschlagen, um ihr Brot zu verdienen. Sogar zu solchen Handlungen, wie die Maurerarbeit, die doch ganz gewiß gar nichts mit der früheren sogenannten

«leichter» Handlung zu tun hat, sind welche ungesättigt. Auch dem Kellnerberufe und anderen derartigen grundverschiedenen Gewerben haben sich manche zugewendet. Selbst der Schauspielerei, dem Berufe, den Alois Senefelder vor der Erfindung der Lithographie betrieb, haben sich einige Lithographen gewidmet. O, welche Schicksalsironie!

Die photomechanischen Reproduktionsverfahren, die gleich im Erfindungsjahrzehnt den sogenannten »schwarzen Künsten«, dem Kupfer- und Stahlstich und dem Holzschnitt, das Brot wegnehmen, gehen jetzt durch die Entwicklung der Drei- und Vierfarbentzucht der Farbenlithographie (Chromolithographie) an den Kragen; immer mehr graben sie diesem Zweig unseres Berufes das Feld ab. Mander jetzige Chromo »Schuster«, der früher die schwererlerte Kunst des Kupfer- und Stahlstichs oder des Holzschnitts an den Nagel hing und sich der Chromolithographie widmete, wird jetzt als »alter Kerl« noch brotlos; er muß, um leben zu können, zum »Überläufer« in irgend einem Gewerbe werden, das mit der Lithographie gar nichts zu tun hat. Während eine Unmasse Lithographen überzählig ist, herrscht z. B. im Schneidergewerbe ein großer Mangel an Arbeitskräften. Wir bedauern es heute noch sehr, statt »Schuster« nicht Schneider geworden zu sein!

Im Gegensatz zum Schneidergewerbe, wo sich infolge jahrelangen Lehrlingsmangels jetzt ein gewisser Gehilfenmangel einstellt, sodaß schon mittelmäßige Schneidergesellen einen weit höheren Lohn haben als die vielen mittelmäßigen Lithographen, leidet die Lithographie an einer Überproduktion von Arbeitskräften. Wir wissen aus drei Amtsgerichtsbezirken eines mitteldeutschen Bundesstaats, daß Ermittlungen über eine etwa vorhandene und besorgniserweckende Arbeitslosigkeit ergeben haben, daß in der größten Stadt dieses Bundesstaates nur zwei Schneiderlehrlinge vorhanden waren. Dagegen wurde noch in der drittgrößten Stadt desselben Staates eine »zünftige Lithographen- und Steindruckerei-Lehrlingszucht« betrieben. Ja, wenn dieser schwungvollen Lehrlingszucht mit Hilfe des Verbandes nicht ganz energisch zu Leibe gegangen worden wäre, dann würde heute in der betreffenden kleinen Stadt noch genau dieselbe große Arbeitslosigkeit herrschen wie in den drei größten Druckstädten Deutschlands.

Ein »Überläufer« zu andern Gewerben kann ein Lithograph nach dem vierzigsten Lebensjahr auch nur sehr schwer werden. Mander konnte trotz heißem Bemühen nirgends in einem passenden Verwaltungsgewerbe unterkommen; es hieß eben immer: »Zu alt!«

Und dabei gibt es immer noch Unternehmer, die nicht zugeben wollen, daß es zuviel Lithographen gibt, daß viele in ihrem erlernten Berufe nicht mehr ihr Brot finden können und darum ein andres Gewerbe ergreifen müssen.

Aus den Sektionen.

Berlin. (Graphische Zeichner.) In der Versammlung vom 3. April der Graphischen Zeichner Berlins hielt der Redakteur der *Graphischen Rundschau*, Kollege F. Hansen, einen Vortrag über erlaubte und unerlaubte Nachbildung in der Praxis des Graphikers. Die sehr lehrreichen Ausführungen des Vortragenden fanden durch einige Anfragen in der Aussprache noch mehrere nutzbringende Ergänzungen. Bei der Beratung unserer nächsten Veranstaltungen wurde auf Vorschlag der Kommission beschlossen, am 19. April die Sternwarte in Treptow zu besuchen. Am 8. Mai soll sich eine Versammlung mit dem Ergebnis der neuen Statistik beschäftigen. Alt-Berlin wird am 18. Mai besucht werden. Die Mitteilung, daß 6 Kollegen und 1 Kollegin ihren Übertritt vom Verbands deutscher Kunstgewerbezweiger zu unserm Verbands vollzogen und dadurch den ersten Willen für praktische Gewerkschaftsarbeit bekundet haben, fand allseitig Beifall. Besonders lobenswert ist dieses Vorgehen der Über tretenden, weil es von einem wahren Idealismus geleitet wurde. Die Kollegen schaffen dadurch die Grenzstreitigkeiten aus der Welt und verstopfen eine Quelle ewiger Reibereien. Der Vorsitzende machte infolge dieser Sachlage den Vorschlag, in Branchen zusammenzukommen und noch mehr als bisher Propaganda für den Zusammenschluß zu entfalten. Besonders die Modenzelchner sollen in nächster Zeit versuchen, an die Fernstehenden heranzukommen. Allerlei Vorkommnisse in der letzten Zeit sprechen für eine dingende Erledigung verschiedener Aufgaben. Die Reklame- und Annoncenzeichner erwarten ebenfalls Vorteile von einer besonderen Zusammenkunft. Dem Vorschlag, einen Zeichner-Abend mit geselligen und belehrenden Unterhaltungen zu veranstalten, wurde zugestimmt. Anerkennung fand auch die Beschaffung der illustrierten Schriften der Reklamefachleute und der Plakatfreunde. Die Versammlung fand ihren Abschluß mit dem Ruf des Vorsitzenden: »Vorwärts an die Arbeit!« — Die von 43 Kollegen besuchte Versammlung bewies, daß die Organisierten noch viel arbeiten müssen, wenn sie die von allen Seiten bestürmte Position der Zeichner schützen wollen.

Der Steindruckerei.

Teil für die Interessen der Stein-, Zink-, Aluminium- und Notendrucker.

Ein „gutherziger“ Arbeitgeber.

In ihrer Nr. 6 vom 7. Februar 1913 enthält die »Graph. Presse« unter der Rubrik »Der Steindruckerei« einen Artikel betitelt: »Ein „gebildeter“ Prinzipal.« Dazu möchte ich ein Gegenstück liefern, das die Überschrift »Ein „gutherziger“ Arbeitgeber« vertragen könnte.

Ich bin vor nun 3 1/2 Jahren nach Brasilien gekommen, und nachdem ich in meiner ersten Stellung, wo ich zwei Monate gearbeitet und gelitten habe, nicht mehr gebraucht wurde, reiste ich nach Rio Grande do Sul, wo ich von der Firma R. Strauch engagiert war. Nun will ich gleich hier einschalten, daß mir mein vorheriger Arbeitgeber sagte, ich würde bei R. Strauch auch nur zwei Monate sein. Beinahe hätte er auch Recht gehabt.

Ich war mit 180 Millireis pro Monat engagiert und sollte 10 Stunden täglich arbeiten. Die Stellung hatte ich angenommen, weil ich eben keine andere hatte, dachte aber garnicht daran, auf eine Lebensstellung zu reflektieren. Mein erstes war nun, zu erklären, daß ich im Höchstfalle nur 9 Stunden täglich zu arbeiten gewillt sei, und so blieb es. Ich hatte gleich die ersten Tage die Nase voll. Stand der Unternehmer nicht in höchstgelegener Person neben mir und guckte mir auf die Finger, so war es sein Sohn, meistens aber der wie es scheint eigens zu diesem Zwecke angestellte Hausknecht und Steinschleifer, ein ehemaliger brasilianischer Matrose. Es kam vor, daß alle drei gleichzeitig dastanden wie Holzfiguren und jeden meiner Handgriffe mit den Augen verfolgten. Jeden Monat wird ausgezahlt. Als ich nun meinen ersten Lohn erhielt, erklärte ich, daß ich aufhören wollte. Darüber aber große Bestürzung! (Weil diese Firma schon sehr bekannt ist, gelingt es ihr eben selten, einen tüchtigen Drucker zu bekommen). Auf Befragen nach dem Grunde, antwortete ich, der Lohn sei mir zu gering, hauptsächlich sei es mir aber auf die Dauer unter den herrschenden Umständen und Umständen ganz unmöglich, zu arbeiten; ich brauche niemanden, der mir den ganzen Tag auf die Finger guckt, ob ich auch arbeite. Außerdem war ich genötigt, im Hotel (und was für eins!) zu wohnen; kein Fenster im Zimmer, die schlechte Wirtshaushaft, das Gebröle der besoffenen Matrosen, das schlechte Essen, kurzum, das alles war nichts für mich. Der Prinzipal redete mir zu, zu bleiben; er wolle mir 200 Millireis monatlich zahlen und außerdem könne ich mich in der Druckerei häuslich einrichten. Da ich dadurch im Vorteil war, ging ich darauf ein. Ich schlug mein Nachtlager neben der Handpresse auf; frische Luft und ungestörte Nachtruhe hatte ich also, und da die Druckerei an und für sich gut eingerichtet ist und auch sauber gehalten wird, so war es schon zum Aushalten. Nach und nach war ich eingewöhnt, erhielt regelmäßig mein Geld, was in Brasilien nicht in allen Anstalten der Fall ist, und da ich häuslicher lebte, hatte ich mir bald etwas auf die Seite gelegt.

Eine Zeitlang ging alles ziemlich gut, bis der Prinzipal an mich das Ansinnen stellte, beide Maschinen laufen zu lassen, der Steinschleifer könnte ja an der einen aufpassen, während ich in der anderen einrichtete. Da ich darauf nicht einging, verlangte er von mir, ich sollte, während die Maschine lief, wieder ans Umdrucken gehen. Daraus wurde natürlich erst recht nichts! Man kommt doch nicht nach Brasilien, um ganz neue Arbeitsmethoden, welche dazu geschaffen sind, einen mit aller Gewalt krank zu machen, einzuführen. Da mag wohl in dem lebenswürdigen Prinzipal der Wunsch nach Rache aufgestiegen sein, denn anders kann ich sein späteres Benehmen nicht aufklären.

Ich hatte also 9 Monate hindurch diesem Herrn treu gedient und getan, was alles verlangt wird: umgedruckt, die Maschine bedient, pantographiert, lithographiert usw. usw. (Lithographen kann die Firma auch nicht mehr bekommen, wie es scheint, trotzdem sie immer durchblicken läßt, daß es ihr sehr angenehm wäre, wenn ein Lithograph oder Steindruckerei eine der hehratsfähigen Töchter des Chefs an den Traualtar führen würde.) Nun passierte es mir eines schönen Tages beim Auflegen eines großen Steines in die Durchziehpresse, daß ich mir Schaden tat und arbeitsunfähig wurde. Jetzt wurde ich sofort entlassen. Ich war sehr krank, konnte weder gehen noch sitzen, und so schwer es mir wurde, mich aufs Bett zu legen, so schwer fiel es mir auch, wieder aufzustehen. Als ich nach einiger Zeit mit Hilfe eines Stockes wieder kleine Spaziergänge machen konnte, begegnete mir eines Tages mein gutherziger Arbeitgeber und meinte, wenn ich wieder soweit hergestellt sei und wieder arbeiten könnte, sollte ich nur wieder kommen, es wäre viel Arbeit da. Wenn nicht der Zufall es gewollt hätte, daß gerade zur selben Zeit meine Frau auf der Überreise begriffen war, hätte ich das Angebot nicht gemacht; so war ich aber gezwungen, noch vier Wochen in derselben Stadt zu warten, bis das betreffende Schiff ankam. Unter solchen Umständen war es mir natürlich ganz lieb, daß ich in der Zeit auch Geld verdienen konnte. Ich hatte ja noch monatlang Schmerzen im Rücken.

Meine Frau kam, kurze Zeit danach auch ein neuer Steindruckerei. Der Prinzipal sagte mir, er hätte soviel zu tun, daß er uns beide beschäftigen könne. Aber schon zwei Wochen später sagte man mir eines Dienstags nach Feierabend, daß ich am nächsten Tage nicht mehr kommen brauche; das restierende Geld könne ich mir am Sonnabend holen. Ich bestand nun darauf, daß mir mein Lohn sofort ausgezahlt wurde. Und dabei wurden mir ganz unberechtig 50 Millireis für »Hausmiete« abgezogen, weil ich — in der Druckerei so lange »gewohnt« hatte! Abgesehen davon, daß gar nichts diesbezügliches vereinbart worden war, wäre eine solche Vereinbarung zu dieser Zeit ganz hinfällig gewesen, da ich ja nach meiner Entlassung im Hotel gewohnt und dann, nachdem meine Frau gekommen war, mir ein Haus gemietet hatte.

Diese Handlungsweise kennzeichnet wohl die Firma Strauch zur Genüge und zeigt jedenfalls deutlich, wie klug der deutsche Kollege, von dem in Nr. 6 der »Graph. Presse« die Rede war, gehandelt hat, als er Herrn R. Strauch aus Rio Grande do Sul (Brasilien) nicht auf die ausgelegten Leimruten ging.

A. B., Rio de Janeiro.

Die photomech. Fächer.

Teil für die Interessen der Chemigraphen, Reproduktions-Photographen, Lichtdrucker, Kupferstecher und -Drucker.

Aus den Sektionen.

Leipzig (Lichtdr.) Unsere Sektionsversammlung vom 18. April war von 80 Kollegen besucht. Der Vortrag »Deutschland vor 100 Jahren« wurde mit Interesse angehört und lebhaft applaudiert. Anschließend an die Wahl von 2 Delegierten zum Gautag erging die Aufforderung an alle Kollegen, für die mit dem Gautag verbundene Ausstellung Drucksachen herbeizuschaffen, damit der Lichtdruck würdig vertreten sei. Aus dem Bericht über die Lage unseres Gewerbes war folgendes zu entnehmen: Es ist in den letzten Jahren in Deutschland zur feststehenden Erscheinung geworden, daß die Arbeitslosigkeit im zweiten Halbjahr stetig zunimmt, sodaß viele Kollegen nur als Saisonarbeiter ihr Dasein zu fristen vermögen; dessen ungeachtet gibt es Kollegen, die mit 200—300 Überstunden im Jahre, aller gewerkschaftlichen Moral zuwider, mit ihrer Arbeitskraft Raubbau treiben. Als typisches Beispiel sei noch erwähnt, daß ein Kollege 50 Mark in einem Jahre für Überstunden erhielt; er wurde deshalb um eine Klasse höher zur Einkommenssteuer veranlagt. Somit hatte er die Überstunden zum Teil für den Säckel des Fiskus gemacht. Um der Skrupellosigkeit vorzubeugen, mit der einige Kollegen entgegen § 3 unseres Tarifes ständig Überstunden machen, während die Arbeitslosen in den Mond schauen können, wurde folgender Beschluß einstimmig gefaßt: »In einem Jahre dürfen vom einzelnen Kollegen höchstens 80 Überstunden gemacht werden.« — Ein Vergleich der Lohnstatistiken von Berlin und Leipzig ergab, daß der Gesamtdurchschnittslohn der Leipziger Kollegen um 6,08 Mk. hinter dem der Berliner zurücksteht. Dies wird die Leipziger anspornen, Versäumtes nachzuholen. Das Prozentsystem ist glücklich abgeschafft. Hat dies den beabsichtigten Zweck, unser Gewerbe zu heben, erlaubt? Doch wohl kaum, wenn man sieht, wie die Kollegen jetzt noch weit mehr leisten, doch mit dem Unterschied, daß sie viel weniger verdienen. Hier haben es wiederum die Unternehmer verstanden, durch Ausspielen der Kollegen gegeneinander den Vorteil einzuhelmsen. Wann werden diese Kollegen zur Erkenntnis kommen? Wohl erst dann, wenn sie vorzeitig Invaliden sind! Nervenzerrüttung und Erkrankungen wegen Überanstrengung haben sichtlich unter unseren Kollegen Einzug gehalten. Die Versammelten nahmen einstimmig folgende Resolution an: »Die Leipziger Gehilfenschaft stellt fest, daß dem Lichtdruckgewerbe der Export seiner Produkte fast ganz unterbunden wurde durch die Zollpolitik Deutschlands. Technisch neue Verfahren des Tiefdrucks suchen sich einzu-bürgern, die bereits künstlerische Erzeugnisse hervorbringen.« — Infolge vergrößerter Formate und erhöhter Ansprüche an die Tagesleistungen ist die Qualität der Arbeiten gesunken. Diese über-rationalen Produktionsweise ist dem Gewerbe überaus schädlich. Wir verpflichten uns hierdurch, unberechtigten Anforderungen auf Porzellanleistungen zurückzuweisen und unser Hauptaugenmerk auf die Qualität der Arbeiten zu richten. Die Arbeits-gelegenheit hat sich für die Gehilfen verringert durch Fallite mehrerer großer Lichtdruckanstalten; dessenungeachtet sind bei einigen Firmen am Orte über die tariflich zulässige Anzahl hinaus Lehrlinge eingestellt worden, was wir entschieden verurteilen müssen. — Mit dem Wunsche, die Kollegen in späteren Versammlungen ebenso zahlreich beisammen zu sehen, schloß der Vorsitzende die interessant verlaufene Versammlung.

»Nur die Lumpen sind Revolutionäre!« Natürlich mit einem schweren Geldsack auf dem Buckel kannst Du keine hohen Sprünge machen.

Feuerbach.

